

189,00
190,00
191,00
192,00
193,00
194,00
195,00
196,00
197,00
198,00
199,00
200,00
201,00
202,00
203,00
204,00
205,00
206,00
207,00
208,00
209,00
210,00
211,00
212,00
213,00
214,00
215,00
216,00
217,00
218,00
219,00
220,00
221,00
222,00
223,00
224,00
225,00
226,00
227,00
228,00
229,00
230,00
231,00
232,00
233,00
234,00
235,00
236,00
237,00
238,00
239,00
240,00
241,00
242,00
243,00
244,00
245,00
246,00
247,00
248,00
249,00
250,00
251,00
252,00
253,00
254,00
255,00
256,00
257,00
258,00
259,00
260,00
261,00
262,00
263,00
264,00
265,00
266,00
267,00
268,00
269,00
270,00
271,00
272,00
273,00
274,00
275,00
276,00
277,00
278,00
279,00
280,00
281,00
282,00
283,00
284,00
285,00
286,00
287,00
288,00
289,00
290,00
291,00
292,00
293,00
294,00
295,00
296,00
297,00
298,00
299,00
300,00

Bezugsgebühr:

Die Zeitungsgebühren sind für den Postweg zu verstehen. Die Preise sind für den Postweg zu verstehen. Die Preise sind für den Postweg zu verstehen.

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Lobeck & Co. Chocoladen, Cacaos Desserts.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Caril.

Erhalten von Entschuldigungen bis zum 1. März. Die Preise sind für den Postweg zu verstehen. Die Preise sind für den Postweg zu verstehen.

Garten-Schläuche
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 36
Verzinkte Qualitäten in Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Haut und Haut gummiert. Widerverkäufer und Gartner Rabatt.

Cosmos Seife
Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen! Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Raucht Egyptian Cigarette Company
Cairo - Berlin W. 64 - Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Monopole in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Regenschirme in grösster Auswahl C. A. Petschke, Wildrufer Strasse 17, Prager Strasse 47, Amalienstrasse 6.

Die nächsten Reichstagswahlen. Einmalfeier der 1. Artillerie, Verein deutscher Eisenhüttenleute. Nutzwahl Bitterung. Wiltwoch, 3. Mai 1906.

Die nächsten Reichstags-Wahlen.

In der zwischen Ostern und Pfingsten liegenden Tagungsperiode des Reichstags fallen eine Reihe von Entscheidungen, die teils wegen der außerordentlichen Festigkeit der politischen Rämpfe, die sie entfesselt haben, teils wegen ihrer symptomatischen Bedeutung für die im Jahre 1908 bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage allseitige Beachtung verdienen. In Darmstadt-Großgerau, wo eine Nachwahl erforderlich wurde, weil dem sozialdemokratischen Abgeordneten das „zu Hofe gehen“ so verleidet worden war, daß er nolens volens sein Mandat niederlegte, ist die erwartete Entscheidung noch nicht gefallen, aber bereits am 4. Mai soll die Stichwahl stattfinden. Der Wahlschub der vereinigten Liberalen (Freisinnige, Demokraten und National-Sozialisten), von deren Haltung der endgültige Wahlausfall abhängt, hat dazu — so unglaublich es auch klingen mag — die Parole zu Gunsten des Sozialdemokraten abgegeben. Der Ruf nach dem grundsätzlichen Standpunkte aus nicht entscheiden, wer von den beiden Mandatsbewerbern das „kleinere Übel“ sei, da einerseits die Vorgänge des nationalliberalen Kandidaten auf vaterländischem Gebiet durch die reaktionäre Haltung dieser Partei in Fragen des Geistes- und Wirtschaftslebens und ihre enge Verbindung mit den rechtsstehenden Parteien aufgewogen würden, und andererseits die Sozialdemokratie wegen ihres unruhigen Modifizierens in vaterländischen Dingen sich die berechtigte Abneigung des Bürgertums in hohem Maße angeeignet habe. Vom Standpunkte der politischen Tagesfragen dagegen müßte die Entscheidung gegen die Nationalliberalen fallen, denn mit Wehrstrafen würde sich nach Erledigung der Flottenvorlage der Reichstag für den Rest dieser Legislaturperiode nicht zu beschäftigen haben, in den Fragen des Wahlrechts, der Volksrechte, der indirekten Steuern und der Lebensmittelpolitik sei aber auf die Nationalliberalen kein Verlaß. „Zu beachten ist auch, daß die Darmstädter und die heftigen Nationalliberalen nur durch unsere eifrigste Opposition vor weiteren Konzessionen an ihre reaktionären Bundesgenossen gewahrt und auf dem Wege zu einer großen, wahrhaft liberalen Gruppe nach badischen Muster hingelenkt werden können.“ So sind die Umstände ganz darnach angetan, die Aussichten für das staats-erhaltende Bürgertum recht unglücklich erscheinen zu lassen. Das ist um so bedauerlicher, als der „Genosse“ Verthod ein Mann nach dem Herzen der Mehrzahl, Stadthagen, Adolf Hoffmann ist, die der radikalsten Richtung der Sozialdemokratie angehört. Erklärt sich am 4. Mai in Darmstadt-Großgerau die Mehrheit der Wähler, die in der Wahl von 1903 das Mandat dem Revisionisten Träger übertragen hat, nunmehr für den Erz-Revolutionär Verthold, so ist das nicht nur ein Triumph der sozialdemokratischen Autorität und Organisation, sondern auch eine Niederlage des staats-erhaltenden Gedankens, des nationalen Bürgertums, wie sie skandalöser und betrübender kaum gedacht werden kann.

Die nächsten Reichstagswahlen. Einmalfeier der 1. Artillerie, Verein deutscher Eisenhüttenleute. Nutzwahl Bitterung. Wiltwoch, 3. Mai 1906.

Die nächsten Reichstagswahlen. Einmalfeier der 1. Artillerie, Verein deutscher Eisenhüttenleute. Nutzwahl Bitterung. Wiltwoch, 3. Mai 1906.

Die nächsten Reichstagswahlen. Einmalfeier der 1. Artillerie, Verein deutscher Eisenhüttenleute. Nutzwahl Bitterung. Wiltwoch, 3. Mai 1906.

Neueste Drahtmeldungen vom 1. Mai.

Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die zweite Beratung des Brauereiergesetzes wird fortgesetzt beim § 3a und dem dazu vorgelagerten Antrag Speck, demzufolge der Höchstpreis der Steuerzucker nur 9 Mk. (statt 10 Mk.) betragen und erst bei 1100 Doppelzentner Brauwasser beginnen soll. — Abg. Graf v. Helldorf (Volksp.) weist gegen jede Steuererhöhung und bestreitet jede Notwendigkeit einer Steuerreform überhaupt. Die preussische Regierung habe 500 Millionen übrig für einen Replikentwurf gegen die Polen, da sie er nicht, wozu noch neue Steuern erforderlich seien. (Präsident Graf v. Helldorf: Wir befinden uns heute nicht in der Generaldebatte, sondern beim Hauptantrag § 3a. (Seitens) — Abg. Koppich (Frei.) (Volksp.) beläuft gleichfalls die Vorlage. Abg. Nittlich habe auf seinem Post 15000 Mk. erhalten habe. Dabei denke aber Herr Nittlich nicht an die jährlichen Zinsen, in denen die Hälfte trotz aller Frugalität in Vermögensverlust geraten seien. — Abg. v. Böttner (Soz.) beweist als Subdempter, in Süddeutschland sei man mit den heutigen hohen Viehpreisen durchaus nicht zufrieden. Staatssekretär Freiherr v. Stengel tritt nochmals für die Kommissionsbeschlüsse ein. — Abg. Speck (Zentr.) erklärt, sein Antrag bezwecke nicht, das Bistandkommen der Finanzreform zu gefährden, sondern vielmehr es sicherzustellen. Er wolle denen, die an sich eine Brauereier-Erhöhung wünschten, denen aber die Sache der Kommission zu hoch seien, eine Rücksichtlinie eröffnen. Ein Teil der Unterzeichner des Antrags werde in erster Linie für die Kommissionsbeschlüsse stimmen, erst wenn diese abgelehnt seien, für den Antrag. — Abg. Schmalfeldt (Soz.) erklärt sich gegen die ganze Brauereier-Erhöhung. — Darauf wird die Diskussion über § 3a geschlossen. In der Abstimmung werden die von der Kommission vorgeschlagenen Stoffsätze mit 146 gegen 113 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen Sozialdemokraten, Freisinnige, Polen, Wirtschaftliche Vereinigung und einzelne nationalliberale und Zentrums-Abgeordnete. Vier Abgeordnete enthalten sich der Abstimmung. Der Antrag Speck ist damit einstimmig angenommen. — Dann kommt § 1 zur Beratung, der für die untergeordneten Biere das unbedingte Surrogat-Verbot und auch für die obere Biere neben Verbot, Molz, Hopfen, Hefe und Wasser nur eine begrenzte Anzahl von Malzsurrogaten zuläßt. — Abg. Bachmide (Frei.) (Volksp.) erklärt, daß das norddeutsche Brauergewerbe mit dem Verbot durchaus einverstanden sei, nur für eine ganz bestimmte Sorte Bier, die sich als solche deklarieren, das sogenannte Malzbier, sei eine ausdrückliche Ausnahme erwünscht. § 1 wird unverändert angenommen. Bei § 1a, wonach die Brauereier von dem zur Verarbeitung verwendeten Molz und Hefe erhoben wird, begründete Abg. Südekum (Soz.) einen Antrag, wonach der den obere Biere nach Abschluß des Brauereiergesetzes angeheißene Ruder nicht der Steuer unterliegen solle. — Direktor im Schachtel Rübner hat keine prinzipiellen Bedenken gegen diesen Antrag, betont aber die Schwierigkeiten der Kontrolle, ebenso Abg. Rasche (natl.) Gamp (Natl.) Speck (Zentr.) und Müller-Sagan (Frei.) (Volksp.) — Der Antrag wird schließlich mit einem Amendement des Abg. Gamp angenommen, wonach hinter „nach Abschluß des Brauereiergesetzes“ eingeschaltet wird und außerhalb der „Betriebsstätte“. — Eine weitere Debatte veranlaßte ein Antrag Bachmide auf Einschaltung eines neuen Paragraphen §a des Inhalts: Welcher Antrag als Nebenangelegenheit zur Erhebung kommt, wird vom Bundesrat beschlossen und dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Die Festsetzung erfolgt von fünf bis fünf Jahren. — Direktor Rübner glaubt, ohne den Entschärfungen der verhandelten Regierungsvorlagen, daß bei der Nachprüfung und Neuordnung der Uebergangsabgaben und Rückvergütungsbüße neben den Steuern auch die Ausbeuteverhältnisse berücksichtigt werden müssen. — Abg. Bachmide stellt seinen Antrag zurück. — Abg. Südekum (Soz.) beantragt, daß von 1910 ab es allen Kommunen verboten sein solle, lokale Viehsteuern zu erheben. — Generaldirektor der indirekten Steuern Wallach erklärt es für außerordentlich bedenklich, bei dieser Gelegenheit eine solche Bestimmung zu treffen. Zahlreiche Gemeinden, die eigene Viehsteuern eingeführt hätten, würden durch das beantragte Verbot in die größte Verlegenheit kommen. — Abg. Speck (Zentr.): Gemeinde in Bayern würde eine große Anzahl kleinerer Gemeinden, die über andere neue Einnahmequellen gar nicht verfügten, schwer durch ein solches Verbot geschädigt werden. Meistens sollten die Antragsteller doch zum mindesten erst einmal in den Gemeinden, wo sie das Recht in den Händen haben, die Viehsteuer aufheben; so in Bärth Worum tun sie es dort nicht? — Abg. Gamp (Natl.) und Büsing (natl.) wenden sich gleichfalls gegen den Antrag, während die Abg. Müller-Sagan (Frei.) (Volksp.) und Bruch (Natl.) dafür eintreten. — Der Antrag Südekum und Genossen wird abgelehnt. Für den Antrag stimmen nur Sozialdemokraten, alle Freisinnigen und Antisemiten. Der Rest des Brauereiergesetzes wird ebenfalls nach den Beschlüssen der Kommission erledigt. — Darauf wird noch ohne jede Debatte gemäß dem Antrage der Kommission das Tabaksteuergesetz in zweiter Lesung in allen seinen Teilen abgelehnt. — Schluß der Sitzung 7¼ Uhr. Morgen 1 Uhr: Tolozantrag in zweiter Lesung.

Die Walfeder im Reich.

Berlin. Von der Walfeder war hier im öffentlichen Straßenleben nicht viel zu hören. In 80 Vernehmungen wurde überall dieselbe Tagesordnung behandelt: „Die Bedeutung des 1. Mai und das Wahlrecht der Arbeiter“. Eine darauf bezügliche Resolution fand meist ohne Diskussion einstimmige Annahme.

Fällig ist der Platz von Friedrichs-Gedächtnis